

**Rede der Antisemitismusbeauftragten
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**

**Gedenken an die Opfer der Shoah
Anlässlich des 75. Jahrestags der
Befreiung des Vernichtungslagers
Auschwitz**

27. Januar 2020

Gelsenkirchen

Es gilt das gesprochene Wort

Redezeit: 10-15 Minuten

Sehr geehrte Frau Neuwald-Tasbach,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Rudowitz,
sehr geehrter Herr Schulz,
sehr geehrte Frau Fahrenholz,
sehr geehrter Herr Dr. Schmidt,
sehr geehrter Herr Klare,
sehr Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Gelsenkirchen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Die Dimension des Grauens in Auschwitz vor 75 Jahren, dem Tag der Befreiung dieses Vernichtungslagers, ist mit Worten kaum zu beschreiben. Es war der Schlusspunkt einer über viele Jahre konsequenten Ausgrenzung, Verfolgung, Unterdrückung und Vernichtung von Juden seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Spätestens seit Oktober/November 1938 bestand das Leben für Jüdinnen und Juden nur noch aus Vertreibung, Ghettoisierung und Gewalt.

Das alljährliche Erinnern verstehe ich nicht als Ritual, sondern als gesellschaftliche und politische Verantwortung. „Nie wieder Auschwitz“ – das möchte ich heute ohne Wenn und Aber aussprechen. Aber ich zögere, bin unsicher. Denn 75 Jahre,

nachdem die Truppen der Roten Armee die wenigen Überlebenden in diesem Konzentrationslager befreiten, erleben wir in Deutschland, in Nordrhein – Westfalen und in vielen anderen europäischen Staaten, auch in den USA, einen Antisemitismus, der so 1945 und bei der Gründung der Bundesrepublik 1949 nicht vorstellbar war. Parallelen zur Shoah kann man heute nicht ziehen, aber der Judenhass und die Judenfeindschaft sind seit einigen Jahren in einer Art und Weise gegenwärtig, dass niemand mehr verharmlosen oder die Gefahr kleinreden kann. Aber das passiert. Es passiert auch von einer politischen Partei im Bundestag, die den Holocaust als Vogelschiss in der 1000 jährigen Geschichte des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nationen bezeichnet und das Gedenken an den Holocaust umkehren will.

Und auch Gewalt und Beleidigungen gegen Juden sind gegenwärtig – auf der Straße, in Bahnen, in Schulen, am Arbeitsplatz – überall in Deutschland kann es Juden treffen.

Deshalb ist auch in NRW das Büro der Antisemitismusbeauftragten mit einstimmigem Beschluss des Landtages geschaffen worden. Nicht in der Erwartung, dass damit der Antisemitismus möglichst schnell verschwinden würde, sondern um eine Ansprechpartnerin für Betroffene zu schaffen, Antisemitismusprävention zu verbessern und entsprechende Aktivitäten zu koordinieren. Aufklärung, Information, Prävention ist der Dreiklang.

Antisemitismus gibt es in allen Teilen unserer Gesellschaft, bei Intellektuellen, im Bildungsbürgertum und bei Menschen mit weniger Allgemeinbildung. Eine Zeit lang vermittelte man das Bild, es seien nur einige rechtsextreme Schläger und besoffene Einzeltäter, die auf Juden, Migranten und andere Menschen, die nicht so recht ins einfache Bild passen wollten, losgingen. Die breite Öffentlichkeit hat sich lange Zeit nicht in dieser Fehlwahrnehmung beirren lassen.

Es gibt Menschen, die das glauben mögen oder geglaubt haben. Die Realität ist eine andere. Netzwerke, Vereine und andere Gruppierungsformen agieren antisemitisch. Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Und die Begründungen für Antisemitismus sind unterschiedlich - völkisch ideologisch, rechts – und linksextremistisch, israelbezogen.

Spätestens seit dem Anschlag auf die Synagoge in Halle im Oktober letzten Jahres kann niemand mehr den Antisemitismus kleinreden oder seine Gefährlichkeit verharmlosen. Aber auch vorher gab es genug Anlässe, auch in NRW.

Anrede.

Jüngste Umfragen zeigen, in welchem Ausmaß Vorbehalte, Vorurteile, Ablehnungen in Deutschland gegenüber Juden und Muslimen bestehen.

Das „Lernen aus Geschichte“, das viele Bildungskonzepte prägte, und so moralische Abgrenzungen als Ausweg aus der eigenen Verantwortung ermöglichte, hat nicht bewirken können, dass Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz mehr in den Köpfen und Herzen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland haben.

Ich möchte mich vor allem auf den Einblick in das Ausmaß antisemitischer Einstellungen in der Bevölkerung beziehen, wie er im Oktober 2019 durch die Studie des World Jewish Congress sichtbar wurde. Diese Umfrage hat vor allem antisemitische, in Teilen antimuslimische und antimigrantische Einstellungen in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland abgefragt. Hierzu hatte Schoen Consulting im Auftrag des World Jewish Congress 1.000 deutsche Erwachsene über 18 Jahre befragt. 22% der Befragten leben in Nordrhein-Westfalen.

Die Studie bestätigte, wie stark antisemitische Stereotypen, nämlich bei etwa einem Viertel der Gesamtbevölkerung und bei 18% der sogenannten „Eliten“, verbreitet sind und dass diese Stereotypen nicht unbedingt von der Einschätzung von Juden als Gruppe abhängig sind. Allerdings wird deutlich, dass 16% Juden als Gruppe ablehnen. Das ist ein höherer Wert als der für

offenen Antisemitismus in der Mitte-Studie und anderen Studien. Dass ein Fünftel noch nie eine Jüdin/einen Juden getroffen hat, bestätigt die These der Antisemitismusforschung, dass es für Antisemitismus keine Juden braucht. Das „Gerücht über die Juden“, wie es Adorno in seiner *Minima moralia* ausgedrückt hatte, ist und bleibt mitentscheidend.

Es ist ein großes Missverständnis, wenn Menschen heute meinen, dieses Gedenken sei ein in die Vergangenheit gerichtetes Zelebrieren eines Opferstatus. Wir gedenken nicht, um nur in die Vergangenheit zu blicken. Wir erinnern uns, weil dadurch eine Gegenwart, etwas Bleibendes hergestellt wird. Für wenige Momente schließt sich der Kreis zwischen Vergangenheit und Zukunft. Wir gedenken also durchaus, um die Menschen zu ehren, die gestorben sind. Im Gedenken, im Moment der Gegenwart, ist aber die Gelegenheit und Möglichkeit gegeben, unser Handeln zu reflektieren. Aus diesem Erinnern folgt also ein moralischer Anspruch. Der Talmud führt aus, dass aus schlechtem Denken schlechtes Reden folgt und daraus schlechtes Tun.

Erinnern und Gedenken, wie es in NRW an 32 geförderten Gedenkstätten erfolgt, müssen Teil der antisemitismuskritischen Bildung sein.

Historisch-politische Bildung der Gegenwart möchte in dem Sichtbarmachen von Biografien keine moralische Keule schwingen. Vielmehr wird der Spagat versucht, aus Opfern Individuen zu machen, um damit aufzuzeigen, dass wir etwas für uns, für die Lebenden unternehmen, wenn wir auf die Folgen von Antisemitismus, Faschismus und anderen menschenverachtenden Ideologien hinweisen. Und zum anderen kann mit dem Befassen mit Lebensbiografien eine persönliche Ansprache und empathische Bindung erzeugt werden, die Geschichte anders lebendig macht als durch Statistiken und Zahlenwerke.

Historisch-politische Bildung muss in der Schule, an den Universitäten, in der Fort- und Weiterbildung und in politischen Lernwerkstätten hohe Priorität haben, sie ist Teil von Antisemitismusprävention.

Es wurde und wird nach meiner Einschätzung zu wenig über die Wertegrundlagen, über Verantwortung und Freiheit und den Zusammenhalt der Gesellschaft gesprochen. Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes, der die Würde eines jeden Menschen für unantastbar erklärt, wird von vielen Menschen nicht so verstanden, dass er für jeden gilt - für den Juden, den Muslim, den Nichtdeutschen, den Weißen und Schwarzen, den Steuerhinterzieher und den Flüchtlingshelfer. Dieser oberste

Satz im Grundgesetz ist eine tief moralische Aussage und eine Richtschnur für unser Handeln. Es war die Absage an das nationalsozialistische Unrechtsregime, an die rassistische Menschenverachtung.

Und es ist ein Auftrag an alle staatliche Gewalt, die an die Grundrechte gebunden ist – Art.1 Abs. 3 Grundgesetz

Wenn diese Verfassung von Reichsbürgern, von Links- und Rechtsextremen, aber auch von Antisemiten und Rassisten verletzt wird, dann sollte uns das nicht nur heute, sondern das ganze Jahr über so stark beschäftigen, dass wir alles dafür tun, uns als gesamte Gesellschaft gegen diese Meinungen und teilweise aggressiven Angriffe zu stellen.

Wir sind das nicht nur denen schuldig, die hoffentlich ins Buch des Lebens eingeschrieben sind. Wir sind es uns selbst schuldig, unseren Kindern, unserer eigenen Freiheit.

Fehlende Reflexionsräume, mangelnde Selbstreflexion, Schamgefühle und teils fehlende Verbindungen zu den Opfern des NS-Systems tragen dazu bei, dass Holocaustleugnung, Täter-Opfer-Umkehr und die Aussage, Juden würden Nutzen aus dem Holocaust ziehen, zu verbreiteten antisemitischen Thesen werden. Das wird in der Studie des World Jewish Congress offenbar: 34 % stimmen der Aussage zu, der Holocaust würde von anderen heutigen Ungerechtigkeiten ablenken, 39% der Aussage, die Ideologie Adolf Hitlers sei

immer noch präsent und käme in Deutschland vor. Ein Viertel sagt, der Holocaust könnte heute wieder geschehen. Das hätte schon ohne den Anschlag von Halle genügen müssen, selbst letzte Phantasten wachzurütteln. Doch ist es, wie ich immer wieder feststellen muss, noch längst nicht so weit, dass Antisemitismus in seiner gesamtgesellschaftlichen Dimension gesehen wird.

Die Bedeutung historisch-politischer Bildung sehe ich genau da: Reflexionsräume zu schaffen, um in der eigenen Biografie, mit einem lebensweltlichen Bezug und ohne Moralien antisemitische Stereotypen zu reflektieren. Das sollte dazu führen, das Outgrouping von Jüdinnen und Juden erst gedanklich zu dekonstruieren und schließlich – im Einklang mit unseren Grund- und Menschenrechten – entsprechend zu handeln, nämlich sich für Jüdinnen und Juden einzusetzen. Nicht weil sie einer bestimmten Religion angehören. Sondern weil Menschen diskriminiert werden. Täglich. Mitten in Deutschland. Ohne dass es allzu oft zu großem Widerspruch käme.

Historisch-politische Bildung hat aus meiner Sicht in einem abgestimmten, breiten Zugang die Möglichkeit, für eine proaktive Handlungskompetenz zu werben und in letzter Konsequenz zu einer prodemokratischen Haltung zu befähigen.

Anrede.

Eine Demokratie lebt von der Reflexion. Denn nur ein Nachdenken über die eigene Position und die des Gegenübers ermöglicht den Kompromiss. Ein Stückchen Wahrheit in den Worten des Anderen zu erkennen, ist der Beginn eines Diskurses. Doch erleben wir heute, insbesondere im Internet, wie von vornherein ausgeschlossen wird, dass jemand anderes ein Stückchen Wahrheit haben könnte. Fake News, Shitstorms finden sich gerade auch gegen Juden, Verschwörungstheorien werden verbreitet und Stereotype hemmungslos benutzt. Dagegen zu halten ist eben nicht allein die Aufgabe des Staates, sondern von uns allen.

Anrede.

Heute an die Opfer der Shoah zu gedenken heißt gleichzeitig auch, an uns, an die Zukunft zu denken. Ebenso wie die Tora ein Buch des Lebens ist (Dtn 30,15), so möchte unsere liberale Demokratie ein Leben in Freiheit und gegenseitiger Rücksichtnahme und Verantwortung ermöglichen – ohne Diskriminierung und Ausgrenzung.

Es gibt leider wieder gesellschaftliche Kräfte, die genau das nicht wollen, die zu in den letzten Jahren ansteigenden Straftaten mit antisemitischer Motivation fähig sind (ca 1800 in Deutschland, ca 360 in NRW). Deshalb muss der Staat handlungsfähig sein, analog und digital.

Ich möchte mit meiner Tätigkeit die zivilgesellschaftlichen Kräfte stärken, Projekte zur Antisemitismusprävention unterstützen und in allen Bereichen auf stärkere Befassung mit dem Antisemitismus in seinem historischen Kontext drängen.

Es ist nicht die Aufgabe der Jüdinnen und Juden, sich gegen Antisemitismus zu wehren, sondern Antisemitismus ist ein Angriff auf unser im Grundgesetz verankertes Menschenbild. Antisemitismus greift uns alle an. Auch das sollte uns im heutigen Gedenken bewusst sein.

